

**TÜRKEI BULLETIN 19/17**

Berichtszeitraum: 01. - 15. Oktober 2017

Inhalt: Neue Krise zwischen Washington und Ankara, Nach Referendum im Nordirak: Erdoğan droht mit weiteren Sanktionen, Türkisches Militär interveniert im Norden Syriens, "Materialermüdung" – Erdoğan krempelt die AKP um, Die Türkei vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte

Überblick

Der Kölner Schriftsteller Doğan Akhanlı darf Spanien verlassen. Die spanische Justiz habe das Auslieferungsbegehren der Türkei gegen ihn abgelehnt, so Medienberichte. Der türkischstämmige Autor, der seit 2001 deutscher Staatsbürger ist, kündigte seine Rückkehr nach Köln für den 18. Oktober an. „Ich bin natürlich erleichtert. Ich habe auch nichts anderes erwartet“, erklärte der 60-Jährige. Akhanlı war auf Verlangen Ankaras am 19. August während seines Spanien-Urlaubs festgenommen worden. Am Folgetag war er zwar wieder auf freiem Fuß, durfte das Land aber nicht verlassen. Basis der Festnahme war ein über Interpol gestelltes türkisches Ersuchen. Gegen Akhanlis Festnahme hatte es massive, auch internationale Proteste gegeben. „Ich bin sehr erleichtert und freue mich, dass das spanische Kabinett das Auslieferungsverfahren der Türkei für Akhanlı nicht mehr weiterführen will“, so Außenminister Sigmar Gabriel.

Ein türkisches Gericht hat eine Journalistin des 'Wall Street Journal' wegen Terrorpropaganda zu zwei Jahren und einem Monat Haft verurteilt. Wie die US-Zeitung berichtete, wurde die Journalistin Alya Albayrak wegen eines Artikels aus dem Jahr 2015 über den Konflikt zwischen der türkischen Regierung und der kurdischen Terrororganisation PKK verurteilt. Albayrak besitzt die türkische und finnische Staatsbürgerschaft und hält sich laut Angaben der Zeitung in den USA auf. Sie wolle Einspruch gegen das Urteil einlegen.

Türkische Medien berichteten übereinstimmend, dass die kurdische Politikerin Leyla Zana freigesprochen worden sei. Der Politikerin der pro-kurdischen HDP drohten 15 Jahre Haft; ihr war vorgeworfen worden, an terroristischen Aktivitäten beteiligt gewesen zu sein. Zana hatte 2015 für Aufregung gesorgt, als sie den Amtseid als Parlamentarierin während der Vereidigungszeremonie nicht ordnungsgemäß nachsprach. Sie wich in einem kleinen, aber entscheidenden Punkt vom Originaltext ab: Anstatt den Schwur auf „die türkische Nation“ abzulegen, schwor sie auf die „Nation Türkei“.

Eine Woche vor dem EU-Gipfel in Brüssel hat der türkische Präsident Erdoğan eine Entscheidung der Europäischen Union über den Beitrittsprozess seines Landes gefordert. „Wenn ihr ehrlich seid, dann gebt eure Erklärung ab“, sagte Erdoğan vor Funktionären seiner AKP. „Gebt eure Erklärung ab und lasst uns die Sache beenden. Wir brauchen euch nicht.“ Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte angekündigt, am 19. und 20. Oktober beim Brüsseler Gipfel mit den übrigen Staats- und Regierungschefs über den Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu beraten. Zugleich betonte Erdoğan erneut, seine Regierung werde die Beitrittsverhandlungen nicht von sich aus beenden.

Die Türkei wird ihr Verteidigungsbudget im kommenden Jahr um 40 Prozent erhöhen. Das Budget steige damit auf 40,4 Mrd. Türkische Lira (rund 9,6 Mrd. Euro), so die 'Hürriyet' unter Berufung auf Finanzpläne der regierenden AKP. Um zusätzliche Sicherheits- und Verteidigungsprojekte zu finanzieren, werden Steuererhöhungen erwartet. Das türkische Militär kämpft seit Jahren gegen die kurdische Terrororganisation PKK im Südosten des Landes und fliegt u. a. Luftangriffe gegen Stellungen der Separatisten im Norden des Irak. Seit dem Syrien-Krieg ist die Türkei auch in diesem Land immer wieder militärisch aktiv. Erst kürzlich hatten sich Ankara und Moskau zudem auf einen Deal geeinigt, der den Verkauf des russischen S-400-Luftabwehrsystems an das NATO-Mitglied Türkei regelt.

Neue Krise zwischen Washington und Ankara

Zu den multiplen außenpolitischen Krisen Ankaras kommt nun auch das Zerwürfnis mit den USA. Nach der Festnahme eines türkischen Mitarbeiters des US-Konsulats in Istanbul wurde die Bearbeitung von Visa-Anträgen in der Türkei mit sofortiger Wirkung ausgesetzt. Davon ausgenommen seien Einwanderungsanträge. Zur Begründung hieß es, „jüngste Ereignisse“ ließen die US-Regierung daran zweifeln, dass die Sicherheit des Personals in US-Vertretungen in der Türkei gewährleistet sei. Die US-Regierung zeigte sich „zutiefst beunruhigt“ über die Verhaftung ihres Angestellten. Die Vorwürfe gegen ihn entbehrten „jeglicher Grundlage“, so die US-Botschaft in Ankara. Der Beschuldigte solle anscheinend „in den Medien statt in einem Gerichtssaal“ verurteilt werden. Die US-Vertretung warnte den NATO-Partner vor einer Verschlechterung der türkisch-amerikanischen Beziehungen. „Grundlose, anonyme Behauptungen gegen unsere Angestellten untergraben und entwerten diese langjährige Partnerschaft.“

Die türkische Botschaft in Washington zahlte mit gleicher Münze zurück und erklärte, dass die Türkei ebenfalls die Visavergabe für US-Bürger eingestellt habe. „Jüngste Ereignisse“ würden „die türkische Regierung dazu zwingen, das Bekenntnis der US-Regierung zur Sicherheit der türkischen Vertretungen und ihres Personals neu zu bewerten“, hieß es. Die Erklärung war damit beinahe wortgleich mit der der USA.

Der Verdächtige ist türkischer Staatsbürger. Laut der amtlichen Nachrichtenagentur Anadolu soll er in Kontakt zu einem früheren Staatsanwalt und vier Polizeichefs gestanden haben, die wohl eine zentrale Rolle in Korruptionsermittlungen spielten. Dem Türken werden Spionage, Unterstützung von Umsturzplänen sowie Mitgliedschaft in der Gülen-Bewegung zur Last gelegt. Der Bewegung, die in der Türkei von offizieller Seite aus als Terrororganisation (FETÖ) bewertet wird, wird vorgeworfen, für den Putschversuch von 2016 verantwortlich zu sein.

Die Krise zwischen Ankara und Washington führte über Nacht zu Turbulenzen an der Istanbuler Börse, die türkische Lira geriet zudem massiv unter Druck. Der Leitindex rutschte um zeitweilig 4,7 Prozent auf ein 16-Wochen-Tief ab, die Türkische Lira rangierte zwischenzeitlich auf dem tiefsten Stand ihrer Geschichte. Der industrielle Spitzenverband TÜSIAD forderte, diplomatische Bemühungen zur Lösung der Krise müssten umgehend gestartet werden. Andernfalls könnten die Beziehungen zwischen beiden Ländern Schaden nehmen.

Die türkische Regierung forderte die USA auf, die Einschränkungen für die Visa-Vergabe umgehend zurückzunehmen. Der US-Geschäftsträger in Ankara, Philip Kosnett, sei einbestellt worden, um ihm diese Forderung zu übermitteln. Das amerikanische Vorgehen stelle eine „unnötige Eskalation“ und eine „Ungerechtigkeit“ dar. Das Justizministerium äußerte die Hoffnung, dass die US-Behörden die Aussetzung der Visavergabe überdenken würden. Türkisches Außen- und Justizministerium beharrten darauf, dass es sich im Fall des inhaftierten Konsulatsmitarbeiters um eine sachliche Entscheidung der Behörden handle und wiesen jede Art der Einmischung von außen zurück.

Wenige Tage später betrieb Präsident Erdoğan die verbale Eskalation der Krise. „Wir betrachten ihn nicht mehr als den US-Repräsentanten in der Türkei“, sagte er bei einer Pressekonferenz mit seinem serbischen Amtskollegen Alexander Vučić in Richtung des US-Botschafters in Ankara. Weder er, noch seine Minister oder der Parlamentspräsident würden John Bass zum Abschiedsgesuch empfangen, sagte Erdoğan, der wieder von ‚Agenten‘ sprach, die das US-Generalkonsulat in Istanbul unterwandert hätten. Für den Konflikt sei US-Botschafter Bass verantwortlich, ergänzte er: „Es ist inakzeptabel, dass die USA einen strategischen Partner für einen frechen Botschafter opfern, der seinen Platz nicht kennt.“ Die Türkei sei kein Stammesstaat, das müssten die USA akzeptieren. „Wenn ihr das nicht akzeptieren solltet, dann nichts für ungut. Wir sind nicht von euch abhängig. Nicht wir haben mit diesem Problem angefangen“, so der türkische Präsident weiter, „der Verursacher dieses Problems sind die Vereinigten Staaten von Amerika selbst.“ Sollte der Stopp der Visavergabe

von der US-Regierung abgesegnet worden sein, dann gebe es „nichts mehr zu bereden“. Außerdem warf er dem Istanbuler US-Generalkonsulat vor, ein Versteck für Kriminelle zu sein.

Türkische Regierungsvertreter bemühten sich derweil um Deeskalation. Erdoğan's Sprecher Ibrahim Kalin sagte, die Krise „könnte an einem Tag beigelegt werden“. Zuvor hatte Vize-Ministerpräsident Mehmet Şimşek in Washington erklärt, der Streit sei übertrieben; er gehe davon aus, dass das Problem bald behoben sein werde. Für seine Regierung habe die Sicherheit der US-Diplomaten und der Botschaftsangestellten in der Türkei „Top-Priorität“. Das Vorgehen gegen US-Mitarbeiter habe mit „Routine“-Ermittlungen zu tun. Um die Wogen zu glätten, wird nun eine US-Delegation des Außenministeriums in Ankara erwartet. Man wolle mit US-Vertretern zusammenkommen und über die Situation beraten, so der Sprecher der AKP-Regierung, Vizepremier Bekir Bozdağ. Schon am Vortag hätten US-Außenminister Rex Tillerson und sein türkischer Amtskollege Mevlüt Çavuşoğlu am Telefon miteinander gesprochen. Es sei ein „konstruktives“ Gespräch gewesen.

Nach Referendum im Nordirak: Erdoğan droht mit weiteren Sanktionen

Die Kurden im Nordirak planen nach dem Unabhängigkeitsreferendum des 25. September als nächsten Schritt Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Als Wahltermin sei der 1. November vorgesehen. Währenddessen drohte Ankara mit einer deutlichen Verschärfung der Sanktionen. „Wir kommen zurzeit mit einigen Embargos im Nordirak aus, aber wenn sie nicht zur Vernunft kommen, wird das zunehmen“, sagte Präsident Erdoğan vor Abgeordneten der regierenden AKP.

Derweil rücken die einstigen Rivalen Iran und Türkei im Kampf gegen den Terrorismus und vor allem in der Ablehnung eines Kurdenstaates zusammen. Zunächst reiste der türkische Generalstabschef Hulusi Akar erstmals nach Teheran und erwiderte damit einen Besuch seines iranischen Kollegen Bagheri im August. Beide Militärschefs verurteilten das umstrittene Unabhängigkeitsreferendum der Autonomen Region Kurdistan (ARK) im Nordirak als verfassungswidrig und unterstützten die territoriale Einheit des Irak. Man habe sich darauf verständigt, derzeitigen „Bedrohungen und Gefahren“ gemeinsam zu begegnen, wurde Akar nach seinen Gesprächen in Teheran zitiert. Der türkische Generalstabschef nannte vorrangig die Sicherheit der Grenzen und die Frage der Terrorbekämpfung – also Operationen gegen die kurdische PKK wie auch gegen die Terrormiliz 'Islamischer Staat' (IS). Doch gestreut wurden Gerüchte über eine türkisch-iranische Militärintervention zur Besetzung der ölreichen Stadt Kirkuk. Sie wird seit dem spektakulären Vorstoß des IS 2014 von Einheiten der ARK kontrolliert. Spekuliert wird gar über einen Einmarsch der irakischen Armee in den abtrünnigen Norden. Die Truppen würden dabei auch über die Türkei und den Iran in die Kurdenregion eindringen. Das alles erscheint derzeit jedoch kaum mehr als eine Drohkulisse, um den kurdischen Präsidenten Barzani zum Widerruf des Referendums zu zwingen.

Wenige Tage später besuchte Erdoğan das Nachbarland und traf sich mit dem iranischen Präsidenten Hassan Rohani. Noch vor Erdoğan's Eintreffen wurde sein Besuch als der „Beginn einer neuen Ära der bilateralen Beziehungen“ bejubelt. Erdoğan wurde von seinem Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu und Wirtschaftsminister Nihat Zeybekçi begleitet. „Wir und unsere Brüder in der Türkei können der Anker der Stabilität in der Region werden“, so Rohani bei der gemeinsamen Pressekonferenz in Teheran. Laut Rohani sind beide Präsidenten gegen den Unabhängigkeitskampf der Kurden im Nordirak sowie – zusammen mit Russland – für die Fortsetzung der syrischen Friedensverhandlungen. „Die Kurden im Nordirak sind unsere Brüder und wir wollen sie nicht unter Druck setzen [...] Aber Teheran und Ankara haben auch strategische Interessen, die sie umsetzen müssen“, sagte der iranische Präsident. Daher würden beide Länder Änderungen der irakischen Grenzen nicht zulassen.

Auch Erdoğan bezeichnete das Referendum der Kurden als illegal. „Jede Entscheidung, die mit dem [israelischen Auslandsgeheimdienst] Mossad an einem Tisch getroffen worden ist, kann nicht legitim sein“, sagte er und deutete damit auf die israelische Unterstützung des Referendums hin. Tatsächlich war Israels Regierung unter den wenigen internationalen Unterstützern des Referendums. Israels Premier Benjamin Netanjahu hatte sich wenige Tage vor der Abstimmung in einer offiziellen Erklärung hinter „die legitimen Bemühungen des kurdischen Volkes, einen eigenen Staat zu erreichen“

gestellt. Israelische Fahnen seien ja bei den Jubelfeiern nach dem Referendum in Erbil zu sehen gewesen, hatte Erdoğan kurz nach der Abstimmung gesagt. Das bedeute, der Mossad sei mit der Regierung der Kurden im Bunde, folgerte der Staatspräsident. Ähnlich ist auch die Lesart der regierungsnahen Medien in der Türkei. Israel und die Autonomieregierung in Erbil hätten eine Abmachung geschlossen, behaupteten religiös-nationalistische Kolumnisten. 200.000 jüdische Kurden würden nach der Unabhängigkeit im Nordirak angesiedelt, hieß es – jedoch ohne den geringsten Beleg dafür zu liefern. Die angebliche israelisch-kurdische Allianz ist ein „alter Hut“ im Schrank der türkischen Verschwörungstheorien, trägt aber jetzt maßgeblich zur schnellen Annäherung zwischen der Türkei und dem Iran bei. Die Bezeichnung ‘Projekt Großisrael’ fällt dieser Tage besonders oft in den regierungsnahen Medien.

Erdoğan traf in Teheran auch den religiösen Führer des Landes, Ayatollah Ali Khamenei. Khamenei zeigte bei seiner Analyse des Referendums, dass er gedanklich nahe bei seinem Gast ist: „Amerika und Israel profitieren von der Abstimmung. Sie wollen einen neuen Staat Israel in der Region erschaffen“, sagte der Hardliner. Das Votum für die Unabhängigkeit sei ein Verrat an der ganzen Region. Die Türkei und der Iran müssten nach dem Referendum „die notwendigen Maßnahmen ergreifen“, um eine Abspaltung der kurdischen Region zu verhindern.

Unterdessen hat die irakische Zentralregierung die Nachbarländer Türkei und Iran gebeten, die Grenzen zu den kurdischen Autonomiegebieten zu schließen. Ankara und Teheran seien vom irakischen Außenminister zudem gebeten worden, jeglichen Handel mit dem secessionistischen Gebiet einzustellen. Zurück in der Türkei kündigte Erdoğan eine baldige Schließung des Luftraums und der Grenzen zu der Region an. „Auf der einen Seite ist der Iran, südlich die irakische Zentralregierung und westlich Syrien“, sagte Erdoğan und zeigte seine Geografiekenntnisse. „Bitteschön, jetzt werden auch alle Lufträume geschlossen, Flüge wurden ohnehin verboten. Bald werden auch die Grenzen geschlossen. Wie wirst du ein- und ausreisen?“, fragte er in die Richtung des Präsidenten der ARK, Massoud Barzani. Zuvor hatte Erdoğan den Kurden im Nordirak schon mit einem Ende ihrer Ölexporte über die Türkei und mit einer Militärintervention gedroht. Zahlreiche Fluggesellschaften, darunter die halbstaatliche Turkish Airlines, stoppten nach dem Referendum ihre Flüge in die ARK. Die Unternehmen reagierten damit auf eine Anweisung der irakischen Luftfahrtbehörde. Die Türkei nahm zudem drei nordirakische Fernsehsender aus dem Angebot des Satellitenanbieters Türksat.

Doch von einem Embargo wäre auch die türkische Seite betroffen. Denn nach Deutschland und Großbritannien ist der Irak, besonders aber dessen kurdischer Norden, der wichtigste Exportmarkt für türkische Unternehmen.

Türkisches Militär interveniert im Norden Syriens

Die Türkei ist ein weiteres Mal im Bürgerkriegsland Syrien militärisch aktiv. Am 8. Oktober war bekannt geworden, dass sich die türkische Armee gemeinsam mit der Freien Syrischen Armee (FSA) in der nordsyrischen Provinz Idlib engagieren werde. Die Militäroperation verlaufe „ohne Probleme“, so Präsident Erdoğan. Zuvor hatte bereits die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte berichtet, dass türkische Militäreinheiten in die von Rebellen kontrollierte Provinz Idlib eingerückt seien.

Erdoğan, der den Einmarsch türkischer Soldaten verkündete, warnte vor einem weiteren Erstarken der kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG, die in Nordsyrien große Gebiete an der Grenze zur Türkei kontrollieren. Einen ‘Terrorkorridor’ von Ostsyrien bis zum Mittelmeer werde man nicht zulassen, so Erdoğan. Er betonte weiter, man werde sich von Bedrohungen aus Syrien und dem Irak nicht in die Ecke drängen lassen. Die Türkei könne plötzlich und unangemeldet zuschlagen, wenn sie wolle.

Der Tageszeitung ‘Hürriyet’ zufolge hatte ein türkischer Militärkonvoi mit rund 30 gepanzerten Fahrzeugen die Grenze Richtung Idlib überquert. Auch Sondereinsatzkräfte seien dabei gewesen. Die Zahl der türkischen Soldaten in Idlib könne in den kommenden Tagen noch steigen. Die amtliche Nachrichtenagentur Anadolu berichtete, dass mehrere gepanzerte Truppentransporter, Krankenwa-

gen und Container an die Grenze zu Syrien gefahren worden seien. Wenige Tage nach dem Start ihrer Offensive hat die türkische Armee Stellungen in der Dschihadistenhochburg Idlib bezogen. Es würden in der grenznahen Provinz 'Beobachtungsposten' errichtet, teilten die Streitkräfte in Ankara mit. Die Türkei will dort eine 'Deeskalationszone' einrichten und eine Waffenruhe zwischen Rebellen und Regierungstruppen durchsetzen.

Die Einrichtung solcher Zonen im Bürgerkriegsland Syrien geht auf eine Vereinbarung zwischen der Türkei, Russland und dem Iran in der kasachischen Hauptstadt Astana zurück. Bisher wurden drei solcher Zonen eingerichtet: in Ost-Ghouta (bei Damaskus), in der zentralen Provinz Homs und in Teilen von Südsyrien. Um eine Waffenruhe in der 'Deeskalationszone Idlib' durchzusetzen, muss die Türkei die Dschihadisten der Hayat Tahrir al-Sham (HTS) aus dieser Stadt vertreiben; HTS ist von der Waffenruhe ausgenommen. Präsident Erdoğan sprach von einer „historischen Verantwortung“ und fügte hinzu: „Idlib liegt an unserer Grenze. Insofern müssen wir unsere Maßnahmen ergreifen.“ Das syrische Regime forderte daraufhin die Türkei auf, „unverzüglich“ ihre Truppen aus dem Land abzuziehen. Damaskus sehe die Präsenz türkischer Truppen in der Region als „Aggression“ an, sagte ein Vertreter des syrischen Außenministeriums der amtlichen Nachrichtenagentur Sana. „Die türkische Aggression hat absolut nichts mit den Vereinbarungen von Astana zu tun“, zitierte Sana den syrischen Ministeriumsvertreter. „Sie bedeutet sogar eine Verletzung der Vereinbarung.“ Im Gegensatz zum Iran und Russland, die Machthaber Assad unterstützen, lehnt die Türkei ihn unverändert ab, verfolgt aber nicht mehr seinen Sturz. Die türkische Regierung will hingegen vor allem das Erstarken kurdischer Rebellen im Norden Syriens verhindern.

‘Materialermüdung’ – Erdoğan krempelt die AKP um

Seit dem Rücktritt des Istanbul Oberbürgermeisters Kadir Topbaş brodeln in der Türkei die Gerüchteküche um den Oberbürgermeister der Hauptstadt, Melih Gökçek (69). Viele Journalisten und Kolumnisten, die auch beste Verbindungen hinter den Kulissen haben, geben dem langjährigen Bürgermeister Ankaras nur noch wenige Tage, bis auch er seinen Posten verliert. Abdülkadir Selvi, Kolumnist der 'Hürriyet' mit besten Kontakten in die Regierungspartei, erklärte, der Anfang des Rücktritts habe bereits begonnen. Doch bei Redaktionsschluss saß Gökçek noch immer auf dem Stuhl des Bürgermeisters der zweitgrößten Stadt der Türkei.

Seit Erdoğan von der „Materialermüdung“ in der AKP gesprochen hat, rollen Köpfe. 16 Provinzchefs der islamisch-konservativen Partei sind bereits geschasst worden, weitere sollen folgen. Langgediente Bürgermeister, wie Kadir Topbaş, und solche, die beim Verfassungsreferendum im April dieses Jahres aus der Sicht Erdoğan versagten, d.h. keine Mehrheit für das Ja zum Präsidialregime zustande gebracht hatten, werden nun aus ihren Ämtern gedrängt. Die Bürgermeister der Städte Gaziantep, Nevşehir, Bolu, Balıkesir oder Bursa sind daher dieser Tage im Gespräch. Kadir Topbaş in Istanbul gab selbst vor zwei Wochen auf. Ist nun Melih Gökçek an der Reihe? Gökçeks Sturz wäre weit mehr als eine lokalpolitische Nachricht. Der Abtritt des gewieften Machtmenschen, vom autoritären Präsidenten Erdoğan erzwungen, würde als wichtiges Zeichen der Erneuerung in der Partei verstanden werden – und zugleich als notwendiger Schachzug, um 2019 zu siegen, wenn im Frühjahr zunächst die Kommunalwahlen anstehen, im Herbst darauf dann gleichzeitig Präsidenten- und Parlamentswahlen.

Doch Gökçek will das Feld nicht so leicht räumen. Als Erdoğan nach Teheran abflog, stand auch Gökçek plötzlich auf dem Rollfeld, um den Staatschef zu verabschieden. Der Bürgermeister brauchte ein Foto mit Erdoğan. Zu mächtig war der Gerüchtestrom über Gökçeks bevorstehenden Rücktritt angeschwollen. Nach Erdoğan's Rückkehr aus dem Iran war Ankaras Bürgermeister zwei Stunden lang im Präsidentenpalast. Offiziell soll er dem Präsidenten einige Projekte in Ankara präsentiert haben. Doch nahezu alle sind sich einig, dass Gökçek versucht hat, seinen Kopf zu retten.

Gökçek ist einer der umstrittensten und zugleich meist verhassten Politiker des Landes. Seine letzte Wahl gewann er mit 32.000 Stimmen Vorsprung – und einem Stromausfall bei der Auszählung. Auf Twitter ist er mindestens genauso aktiv und provokativ wie US-Präsident Donald Trump. Bizarre Vor-

würfe gegen die US-Regierung, die angeblich künstliche Erdbeben in der Türkei auslöse, oder Rufmordkampagnen gegen kritische Journalisten gehen ihm leicht von der Hand. Seine jüngste Tat sind 4,5 Kilometer Schnellstraße, ausgewalzt in einer Nacht-und-Nebel-Aktion quer durch den Campus-Wald von ODTÜ, der Technischen Universität in Ankara, einer der letzten Bastionen des freien Denkens im Land. Dafür, dass Gökçek von so weiten Teilen der Bevölkerung verachtet wird, hält er sich erstaunlich lange auf dem Stuhl des Bürgermeisters der Hauptstadt. Seit mehr als 23 Jahren ist er nun im Amt; er kam auf die Bühne, als es die AKP noch gar nicht gab.

Die Türkei vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte

Aufgrund einer parlamentarischen Anfrage der Oppositionspartei CHP hat Justizminister Abdullah Gül eine Statistik zu den gegen die Türkei eingereichten Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg und zu den vom EGMR gefällten Urteilen vorgelegt. Danach ist die Zahl der Klagen pro Jahr seit 2006 (2.328 Klagen) bis 2012 (9.098) kontinuierlich gestiegen; 2016 lag sie bei 8.308 Klagen.

Im Jahr 2012 hat der EGMR die Türkei in 117 Fällen wegen Menschenrechtsverletzungen belangt, 2016 in 77 Fällen. Die Türkei ist damit der Mitgliedsstaat des Europarates, gegen den im Zeitraum 1959-2016 die meisten Urteile (16,7 Prozent aller Urteile) gefällt worden sind. Die Türkei „verweist“ damit Italien (12,01 Prozent) und die Russische Föderation (9,95 Prozent) „auf die Plätze“. Gemäß den EGMR-Urteilen war die Türkei 2011 zu Strafzahlungen an die betroffenen Bürger in Höhe von 37 Mio. TLR verpflichtet, im Jahre 2016 zur Zahlung von 28 Mio. TLR. Die Menschenrechtsverletzungen beziehen sich laut der CHP-Abgeordneten Zeynep Altıok vor allem auf Einschränkungen des Rechts der freien Meinungsäußerung und auf die Verweigerung fairer Gerichtsverfahren. Die Parlamentarierin weist auch darauf hin, dass die Türkei oft Probleme gehabt habe, die gerichtlich verhängten Entschädigungen an die Opfer in der vom EGMR festgelegten Zeit zu leisten.